FW Kreisverband Unna e.V.

Freie, unabhängige und überparteiliche Wählergemeinschaften
FW – Gruppe: Helmut Stalz, Dieter Albert; Flözweg 22, 59174 Kamen, Tel. 02307 - 12786

FW FREIE WÄHLER

Haushaltsrede zur Sitzung am 16.12.2014

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten fünf Jahren hat der Kreishaushalt und damit auch die Zahllast der kreisangehörigen Kommunen nur eine Fahrtrichtung. Es geht immer weiter steil nach oben. Der Kreishaushalt ist in dieser kurzen Zeit um über 70 Millionen Euro gestiegen. Man muss auch kein Hellseher sein, wenn man behauptet, dass dieses rasante Beschleunigungstempo noch mehr an Fahrt aufnehmen wird. Das wäre für alle auch nicht ganz so tragisch, wenn die Einnahmen und Schlüsselzuweisungen entsprechend mitziehen würden. Aber gerade das ist nicht der Fall.
So wird die diesmal wieder geplante drastische Kreisumlageerhöhung alle Sparanstrengungen und zukünftigen Haushaltskonsolidierungskonzepte der Kreiskommunen mit einem Schlag zum Platzen bringen. Selbst die fast überall deutlich erhöhten Grundsteuern können die Kostenexplosion im sozialen Bereich bei weitem nicht auffangen und sind nur wie der volkstümlich genannte „Tropfen auf den heißen Stein.“
Die FREIEN WÄHLER verlangen ein sofortiges Umdenken bei SPD und CDU, bevor in den Kreiskommunen die Lichter ausgehen. Natürlich müssen alle Kommunalpolitiker ihre Hausaufgaben bei Einsparbemühungen durch Kostenreduzierungen unter anderem auch durch eine verbesserte interkommunale Zusammenarbeit leisten, wie es die FREIEN WÄHLER schon seit Jahren fordern, und alles Mögliche zur Wirtschafts- und Arbeits-

platzförderung unternehmen, aber selbst die Streichung aller freiwilligen Leistungen und auch noch weitere Grundsteuerhöhungen werden den Anstieg der sozialen Ausgaben auf keinen Fall decken können.
Die Finanzierung der sozialen Ausgaben ist für uns FREIE WÄHLER keine kommunalspezifische Schwerpunktaufgabe, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deshalb muss die Finanzierung besonders für die Kosten der Unterkunft und die Eingliederungshilfen vollständig neu zwischen Bund, Land und Kommunen unter verteilungsgerechterer Berücksichtigung der Gesamteinnahmen und der örtlichen Arbeitslosenquoten geregelt werden.
Seit Jahrzehnten lassen SPD und CDU die finanziell unterstrukturierten Kommunen im Regen stehen. Hier muss endlich sofort und auskömmlich nachgebessert werden, ansonsten wird es in unserer Region bald sehr finster werden.
Die im nächsten Jahr von der Bundesregierung zugesagte Hilfe zur Finanzierung der Sozialausgaben in Höhe von einer Milliarde Euro reicht bei weitem nicht aus, die finanzielle Unterstrukturierung in unserer Region zu kompensieren. Hier müssen endlich nachhaltige Lösungsansätze her.
Dabei hat man durchaus die Möglichkeit bei den Geldzuweisungen von Bund und Land an die Kommunen, diese so zu gestalten, dass die finanziell unterstrukturierten Kommunen deutlich mehr bekommen als Kommunen, denen es finanziell gut geht. Auch die Gelder des Solidarpaktes könnten anders verteilt werden.
Sozial gerechter wäre es sogar noch, wenn man politisch endlich handeln würde und dafür sorgt, dass die Gewinne, die vor Ort in der Kommune anfallen, auch dort zu entsprechenden Steuereinnahmen führen würden. Hier gehen dem Staat jährlich größere zweistellige Milliardensummen verloren und die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen stagnieren auf niedrigem Niveau. Es ist eine Schande, dass die Bundespolitik seit Jahrzehnten diesem Treiben tatenlos zusieht, wie sich das Kapital von seiner sozialen Verantwortung verabschiedet. Dies ist eine sehr bedauerliche Entwicklung der Globalisierung, die man aber nicht tatenlos hinnehmen sollte.

Die Gesamtlast der Bezahlung der sozialen Ausgaben wird so immer mehr auf den „kleinen Mann“ verlagert, der unter dieser schweren Last eines Tages zusammenbrechen wird.
Die FREIEN WÄHLER haben den Landrat aufgefordert über die jährlichen Gesamtkosten zu berichten, die dem Kreishaushalt dadurch entstehen, das gesetzliche Vorgaben zu erfüllen sind, die nicht durch Landes- oder Bundeszuweisungen ausreichend gegenfinanziert sind und im Widerspruch zum verfassungsrechtlich garantiertem Konnexitätsprinzip stehen. Hierin sehen die FREIEN WÄHLER eine Möglichkeit auf juristischem Wege vielleicht größere Einsparsummen für den Kreishaushalt zu erreichen.

Die FREIEN WÄHLER werden nicht beim kleinen Streichkonzert zur Kürzung von freiwilligen Leistungen im sozialen und kulturellen Bereich mitspielen, da damit einerseits keine merkbare Entlastung des Kreishaushalts erreicht werden kann, andererseits aber viel Porzellan zerschlagen wird, dass man später nicht mehr reparieren kann.
Mit der in der letzten Fachausschusssitzung beschlossenen Einstellung der Subventionierung des Fahrradbusses wird unsere schon vor fünf Jahren eingebrachte Forderung endlich umgesetzt. Bedauerlicherweise hat die späte Einsicht aber mehrere hunderttausend Euro an Steuergeldern gekostet.
Heute hoffen die FREIEN WÄHLER auf die mehrheitliche Einsicht, dass die Kreisverwaltung auch mit drei Dezernentenstellen, einschließlich der Funktion des Kreiskämmerers, auskommen kann. Durch eine entsprechende Umorganisation könnte dann die Nachbesetzung der durch den Weggang von Herrn Sparbrod im nächsten Jahr freiwerdenden Dezernentenstelle entfallen. Innerbetrieblich und vor allem bei den Kunden der Kreisverwaltung dürfte dies kaum Auswirkungen haben, da die personelle Qualität unterhalb der Dezernentenebene hervorragend ist. Es gibt auch Kreisverwaltungen mit nur einer Dezernentenstelle, insofern sind wir auch künftig noch gut besetzt. Durch diese personelle Maßnahme können jährlich an Bezügen und den notwendigen Pensionsrückstellungen ungefähr 100000 € eingespart werden, die den Haushalt dann entweder entlasten oder für investive Ausgaben Verwendung finden könnten.

Mit unserem dritten Antrag zur Einsammlung europäischer Fördermittel zur Finanzierung entsprechender Projekte könnten in den nächsten Jahren bis zu 20 Millionen Euro in den Kreis Unna fließen. Dies wäre einerseits ein gutes Beispiel zur Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit, wäre für alle Beteiligten eine Bereicherung und würde letztendlich den heimischen Betrieben Aufträge verschaffen. Eigentlich müssten alle diesen Antrag befürworten können, da dort nichts Belastendes verlangt wird.

Die FREIEN WÄHLER haben machbare Vorschläge und Lösungsansätze aufgezeigt, um grundlegend die vorhandenen strukturellen Defizite anzugehen und Kreis sowie angehörige Kommunen zukunftsfähig aufzustellen.
Die jedoch mal wieder geplante deutliche Erhöhung der Kreisumlage um etwa 8 Millionen Euro werden die FREIEN WÄHLER ablehnen, zumal im Haushaltsentwurf noch große Risikofaktoren schlummern, die schnell zu einem Nachtragshaushalt führen könnten.
Zum Ende möchte ich mich im Namen der Freien Wählergemeinschaften des Kreisverbandes Unna bei allen Beschäftigten der Kreisverwaltung, der angeschlossenen Einrichtungen und Beteiligungen sowie der Kreispolizeibehörde für ihren persönlichen Arbeitseinsatz, der durch Arbeitsplatzverdichtung und Aufgabenzuwächse von Jahr zu Jahr schwieriger wird, recht herzlich bedanken.
Ihnen allen und auch dem hier versammelten Politikerkreis wünschen die FREIEN WÄHLER ein ruhiges und frohes Weihnachtsfest sowie viel Gesundheit, Erfolg und Glück im neuen Jahr.